

# Zur Problematik der unterentwickelten Länder

Mit 2 Tabellen und 3 Faltafeln

HANS BOBEK, Wien

## I.

Das Schlagwort von den „unterentwickelten“ Ländern oder Bevölkerungen entstammt dem politischen Arsenal der Nachkriegszeit und des „Kalten Krieges“ zwischen den zwei großen Machtblöcken, die sich um die USA einerseits, die Sowjetunion andererseits gruppieren. An sich ist die Tatsache, daß es verschiedenen hoch entwickelten Zivilisationen<sup>1</sup>, Völker oder Bevölkerungen gibt, altbekannt und hat, zusammen mit ihrer kulturellen Mannigfalt, Anlaß zur Entstehung ganzer Forschungs- und Wissenszweige wie etwa der Geographie und Ethnographie gegeben. Weniger Beachtung fand vielleicht der Umstand, daß diese zivilisatorische Ungleichwertigkeit seit jeher auch politische Auswirkungen hatte. Schon die „Weltreiche“ der Antike bildeten und vergrößerten sich auf Kosten von minder hoch entwickelten Randvölkern. Insbesondere beruhte aber das erfolgreiche Ausschwärmen der Europäer in der Zeit der Entdeckungen, ihre Festsetzung in Übersee und die Aufrichtung ihrer Kolonialreiche gutenteils auf ihrer organisatorischen und später zunehmend auch technischen Überlegenheit. Mit solchem erobernden Ausgreifen zivilisatorisch überlegener Nationen verband sich das Bewußtsein guten Rechts, ja häufig genug — und nicht nur bei den Europäern — eines Auftrags vonseiten göttlicher Mächte, einer religiös sanktionierten Sendung. Nach der vollständigen Säkularisierung der Machtstaaten erfolgten die kolonialen Besitzergreifungen noch immer „im Namen der (höheren) Zivilisation“.

Heute, unter den grundlegend gewandelten Verhältnissen der Nachkriegszeit, gewann diese alte Tatsache ein ganz neues und höchst bedeutungsvolles Gesicht. Hatte man früher, und zwar seit Jahrtausenden, unterworfenen Bevölkerungen ganz allgemein als Objekte der Ausbeutung betrachtet, so tritt uns nunmehr die Meinung und der Anspruch entgegen, die fortgeschrittenen und reichen Völker müßten den zurückgebliebenen und armen Völkern unter die Arme greifen und ihnen helfen, ihre Zurückgebliebenheit zu überwinden. Dieser Wandel der Auffassung schwingt mit, wenn von den „unterentwickelten Ländern“<sup>2</sup> die Rede ist.

Dieser Wandel vollzog sich gleichlaufend mit den großen Umschichtungen, die im Gefolge zweier Weltkriege die Welt des 19. Jahrhunderts gründlichst

---

<sup>1</sup> Jenseits aller qualitativen Bewertung von Kulturen, die immer subjektiv im Sinne der Bezogenheit auf die Wertskala einer bestimmten Kultur, und daher umstritten ist, besteht die Möglichkeit, rein nach der Menge der vorhandenen Kulturgüter und nach der gegebenen Produktivität arme und reiche, mehr oder weniger entwickelte Kulturen zu unterscheiden. In diesem Sinne wird hier der Ausdruck „Zivilisation“ gebraucht.

<sup>2</sup> Es erscheint kaum empfehlenswert, statt von unterentwickelten von „Entwicklungsländern“ zu sprechen, wie es — offenbar um Empfindlichkeiten zu schonen — z. B. in der Bundesrepublik grundsätzlich geschieht. Denn eine solche Bezeichnung trifft wohl auf die in lebhafter Fortentwicklung begriffenen Industrieländer zu, keineswegs aber auf alle die hier gemeinten Länder, die ja gerade eine kräftige Entwicklung vermissen lassen.

veränderten. Besonders der erste Weltkrieg mit seinen feierlichen Deklarationen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und den im Zusammenhang mit der Verwendung farbiger Truppen gemachten Versprechungen trug am meisten dazu bei, daß die in Europa geborenen Ideen der nationalen Freiheit nunmehr rasch auch in die Kolonialbevölkerungen Eingang fanden — umsomehr, als um dieselbe Zeit ein Maximum der europäischen Herrschaftsausdehnung erreicht wurde.

Auch die Atlantic Charter vom 14. August 1941 bringt diesen neuen Geist internationaler Solidarität feierlich zum Ausdruck: Punkt Fünf dieser Proklamation Präsident F. D. Roosevelts und W. Churchills lautete: "They desire to bring about the fullest collaboration between all nations in the economic field with the object of securing, for all, improved labor standards, economic advancement and social security".

Wesentlich gefördert wurde diese Entwicklung durch den Eintritt Amerikas in die Weltpolitik. Unter seinem Einfluß wurden die den Deutschen abgenommenen Kolonialgebiete nur mehr als Völkerbundsmandate mit dem ausdrücklichen Ziel späterer Unabhängigkeit vergeben. Die Erkenntnis setzte sich durch, daß die Kolonialpolitik entscheidend geändert werden müsse. So beschloß das britische Parlament schon 1929 die Aufstellung eines Colonial Development Fund, der zur Finanzierung von Entwicklungsplänen in den Kolonien bestimmt war. 1940 folgte der Development and Welfare Act mit der ausdrücklichen Formulierung einer künftigen Entwicklungs- und Wohlfahrtspolitik<sup>3</sup>. Auch andere Kolonialregierungen ließen ähnliche Bestrebungen erkennen.

Hatte der erste Weltkrieg die Verschiebung des wirtschaftlichen Schwergewichts von Westeuropa nach Amerika zur Folge, so besiegelte der zweite die Überflügelung Westeuropas durch die Vereinigten Staaten auch auf dem machtpolitischen Felde. Damit schien der Weg frei zu einer Ordnung der Welt nach den freiheitlichen und demokratischen Prinzipien Amerikas, vor denen das koloniale System als solches, gleichgültig wie verbessert, keine Gnade fand. Die Selbständigkeitsbestrebungen der kolonialen Bevölkerungen konnten hinfort nicht nur auf Sympathien, sondern auf diplomatische und selbst materielle Unterstützung vonseiten der Vereinigten Staaten rechnen.

Als „unterentwickelt“ betrachtet man heute Länder oder Bevölkerungen, die einen extrem niedrigen Lebensstandard aufweisen, genauer gesagt, in denen die große Mehrheit der Bevölkerung durch bittere Armut und meist auch chronische Unterernährung gekennzeichnet ist, während ihre Wirtschaft offenkundig der Fähigkeit zur Entfaltung der Produktivkräfte im nötigen Ausmaße aus eigenem entbehrt. Mindestens zwei Drittel der Weltbevölkerung, namentlich in Ost- und Südasiens, Afrika und Lateinamerika, gehören diesem Typ an.

Solche Zustände sind der Menschheit seit vielen Jahrhunderten vertraut. Was ihnen in unserer Nachkriegsgegenwart die besondere Problematik und Tragweite verleiht, ist das Zusammentreffen einer Reihe von Begleitumständen. Als solche können wir hervorheben:

1. Daß die Welt, die durch Jahrtausende in große, voneinander weitgehend getrennte Kultur-, Macht- und Wirtschaftsgebiete zerfiel, zwischen denen zwar Kontakte, aber keine engeren und nur selten direkte Austauschbeziehungen bestanden, durch die ungeheuren Fortschritte aller Verkehrs- und Verbindungs-

<sup>3</sup> „Einer Politik, deren vornehmliches Ziel es sein soll, den Wohlstand und das Wohlbefinden (prosperity and happiness) der Bevölkerungen des Kolonialreiches zu fördern.“ Vgl. E. W. GILBERT und R. W. STEEL: Social geography and its place in colonial studies. Geogr. Journal 106, 1945, p. 118.

Tabelle 1

Neue unabhängige Staaten seit dem Ausgang des  
Zweiten Weltkrieges.

	Datum der Unabhängig- keit	Aufnahme in die U.N.O.	Einwohner- zahl	Fläche in qkm
Jordanien	22. 3. 1946	1955	1,636.000	96.584
Philippinen	4. 7. 1946	1945	27,455.799	299.604
Pakistan	14. 8. 1947	1947	93,812.000	943.481
Indien	14. 8. 1947	1945	438,000.000	3,263.526
Burma	4. 1. 1948	1948	20,457.000	677.858
Ceylon	4. 2. 1948	1955	9,612.000	65.592
Israel	14. 5. 1948	1949	2,061.000	20.695
Indonesien	27. 12. 1949	1950	90,300.000	1,491.175
Libyen	24. 12. 1951	1955	1,172.000	1,759.082
Cambodja	9. 11. 1953	1955	4,845.000	172.466
Laos	29. 12. 1954	1955	1,760.000	236.739
Sudan	1. 1. 1956	1956	11,459.000	2,505.173
Marokko	2. 3. 1956	1956	11,626.470	443.564
Tunesien	20. 3. 1956	1956	3,935.000	125.147
Ghana	6. 3. 1957	1957	4,911.000	237.812
Malaya	31. 8. 1957	1957	6,698.000	131.280
Guinea	2. 10. 1958	1958	2,727.000	245.793
Kamerun	1. 1. 1960	1960	3,225.000	432.388
Togo	27. 4. 1960	1960	1,442.000	56.986
Mali	20. 6. 1960	1960	4,300.000	1,203.708
Senegal	20. 6. 1960	1960	2,550.000	197.110
Malagasy Republik **	26. 6. 1960	1960	5,239.000	589.847
Kongo (Leopoldville)	30. 6. 1960	1960	13,821.000	2,343.823
Somalia	1. 7. 1960	1960	1,990.000	637.495
Dahomey	1. 8. 1960	1960	2,000.000	115.632
Niger	5. 8. 1960	1960	2,555.000	1,188.484
Ober-Volta	5. 8. 1960	1960	3,537.000	273.051
Elfenbeinküste	7. 8. 1960	1960	3,103.000	322.380
Tschad	11. 8. 1960	1960	2,600.000	1,283.667
Zentralafrikan. Republik	13. 8. 1960	1960	1,185.000	616.840
Kongo (Brazzaville)	15. 8. 1960	1960	795.000	341.912
Zypern	16. 8. 1960	1960	558.000	9.249
Gabon	17. 8. 1960	1960	420.000	266.931
Nigeria	1. 10. 1960	1960	33,663.000	878.220
Mauretanien	28. 11. 1960	1961	730.000	1,085.524
Sierra Leone	27. 4. 1961	1961	2,400.000	72.308
Kuwait	19. 6. 1961	.	219.000	15.535
Tanganjika	9. 12. 1961	1961	9,076.000	936.819
West-Samoa	1. 1. 1962	.	104.000	2.927
Algerien	1. 7. 1962	1962	11,000.000	2,400.000
Burundi (Urundi)	1. 7. 1962	1962	2,300.000	27.800
Rwanda (Ruanda)	1. 7. 1962	1962	2,800.000	26.300
Jamaika	6. 8. 1962	1962	1,600.000	12.200
Trinidad	1. 9. 1962	1962	826.000	5.100
Uganda	9. 10. 1962	1962	7,000.000	243.400
Summe			853,505.269	28,301.221

\* Vincent K. SHAUDYS: Geographic consequences of establishing sovereign political units. In: The Professional Geographer, Vol. XIV, Nr. 2, März 1962, S. 17. Ergänzungen stellte Dr. F. AURADA (Wien) zur Verfügung.

\*\* Madagaskar.

mittel praktisch zu einer einzigen Welt von Nachbarn wurde, in der es eine Isolierung aus Verkehrsgründen kaum mehr gibt.

2. Daß die unterentwickelten, ehemals kolonialen oder halbkolonialen Länder und Bevölkerungen inzwischen größtenteils zur politischen Selbständigkeit aufgestiegen sind. Seit Kriegsende bis 9. 10. 1962 erlangten nicht weniger als 45 Länder und Gebiete, die in irgend einer Form unter europäischer Herrschaft gestanden hatten, ihre Unabhängigkeit. Sie umfassen zusammen nicht weniger als 853 Mill. Menschen und 28 Mill. qkm<sup>4</sup>. Weitere folgten seither. Diesen neuen Staatsgebilden kommt allein schon ihrer großen Zahl wegen innerhalb der Vereinten Nationen, in deren Generalversammlung jedes Land, unabhängig von seiner Größe und Bevölkerungszahl, eine Stimme besitzt, ein bedeutendes Gewicht zu. Dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie ganz überwiegend infolge ihrer geringen Konsolidierung, ihrer oft unzureichenden oder schlechthin mangelnden wirtschaftlichen Eigenständigkeit ein Element der Unruhe und ein machtpolitisches Vakuum darstellen, in das die beiden bestehenden Machtblöcke ihren Einfluß vorzuschieben trachten.

3. Eben diese politische Weltsituation des „Kalten Krieges“ zwischen den zwei allein aus dem letzten Kriege hervorgegangenen Weltmächten ist ein weiterer, sehr wesentlicher Umstand. Im Schatten dieser zwei verbissen miteinander ringenden Giganten vollzieht sich die „Entkolonisierung“ der Welt, erfolgt der Eintritt dieser noch unkonsolidierten Staaten in die Souveränität, müssen sie ihren Platz im internationalen Kräftefeld suchen, ihre Wirtschaft und Staatlichkeit aufbauen.

4. Schließlich ist es die in den meisten unterentwickelten Ländern seit kürzerer oder längerer Zeit zu beobachtende nachhaltige oder sogar explosive Bevölkerungsvermehrung, mit der die wenig expansive Wirtschaft nicht Schritt halten kann und die daher die gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten in diesen Ländern von Jahr zu Jahr vergrößert.

Es war der Sieg der Kommunisten in China (1949), der den Amerikanern den Ernst der Lage schlagartig enthüllte. Damit war nicht nur der Markt der 500 oder, wie die Zählung von 1953 zeigte, der 600 Millionen, der den wahren Preis des Sieges über Japan darstellen sollte, für Amerika verloren; dieses Ereignis warf auch ein ominöses Licht — einem Wetterleuchten vergleichbar — über die schier unabsehbaren Räume und Länder mit unterentwickelten Bevölkerungen, die sich — mit Unterstützung Amerikas — auf dem Marsche in die Unabhängigkeit befanden.

Die Antwort auf diesen Schock war die Truman-Doktrin mit dem Punkt-Vier-Programm, das eine verstärkte militärische und wirtschaftliche Hilfe für bedürftige und gefährdete Länder vorsah. Man folgte damit dem Grundgedanken des Marshall-Planes, der sich für den Wiederaufbau Europas nach dem letzten Kriege so wohlwältig erwiesen hatte.

Die U.S.A. leisteten so von Kriegsende bis Ende 1960 insgesamt 77,8 Mrd. \$, wovon 50 auf wirtschaftliche und 27,8 auf militärische Hilfe entfielen. Insgesamt gingen an nichtkommunistische europäische Länder rd. 24 Mrd., an kommunistische 2,8 Mrd. und 51 Mrd. \$ an außereuropäische, hauptsächlich unterentwickelte Länder, wovon rd. 13,4 Mrd. \$ militärische Hilfe waren<sup>5</sup>.

Auch die europäischen Industrieländer stellten nicht unerhebliche Beträge an Entwicklungshilfe zur Verfügung, die vorzugsweise für ihre ehemaligen oder

<sup>4</sup> Vgl. Tabelle 1.

<sup>5</sup> Statistical Abstract of the U.S.A., 1961, No. 1197, p. 872—874.



noch bestehenden Kolonialgebiete bestimmt waren. Ebenso beteiligten sich die überseeischen Länder des Commonwealth an diesen Maßnahmen, die den unterentwickelten Ländern — abgesehen von gewissen Soforthilfen und militärischer Rüstung — das Kapital zur nachhaltigen Verbesserung ihrer Wirtschaft zur Verfügung stellen sollten.

Später, ab 1953, begannen auch die Sowjetunion und andere Ostblockländer mit Hilfsmaßnahmen für unterentwickelte Länder, wobei sie sich keineswegs nur auf solche kommunistischer Observanz beschränkten, sondern auch Länder mit national-„bürgerlichen“ Regierungen wie z. B. Indien einschlossen. Von 1953 bis 1960 wurden von dieser Seite insgesamt 2,96 Mrd. \$ Wirtschaftshilfe an unterentwickelte Länder gegeben <sup>6</sup>.

Von Kriegsende bis 1960 dürften so den verschiedenen unterentwickelten Ländern insgesamt wohl über 60 Mrd. \$ an Kapitalhilfe verschiedener Art zugeflossen sein. Bekanntlich schloß USA-Präsident J. F. Kennedy im August 1961, unter dem Eindruck der Festsetzung des sowjetfreundlichen Regimes Fidel Castro's auf Kuba, mit 19 lateinamerikanischen Staaten die „Allianz für den Fortschritt“, die eine Art von Marshall-Plan für Lateinamerika in Gang bringen soll. Die USA verpflichten sich darin zur Leistung einer Entwicklungshilfe in der Höhe von 20 Mrd. \$ während der nächsten zehn Jahre, sofern von Seite dieser Staaten gewisse überfällige Reformen durchgeführt würden. Überdies wurde gleichzeitig ein beträchtlicher Druck auf die europäischen Alliierten ausgeübt, ihre Anstrengungen auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe zu steigern.

Andererseits ist es ein offenes Geheimnis, daß die Gesamtauswirkungen dieser nicht unbeträchtlichen Aufwendungen bisher recht unbefriedigend geblieben sind. Der aus dem durchschlagenden Erfolge des Marshallplanes abgeleitete Optimismus hat sich nicht gerechtfertigt. Es kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß man die Dinge zu einfach gesehen hat, daß das Problem der unterentwickelten Länder nicht durch Kapitalzuschüsse und technische Hilfe allein gelöst werden kann, da die Wurzeln der Schwierigkeiten tiefer liegen.

## II.

Es ist begreiflich, daß die politischen Praktiker und ihre Ratgeber, die zuerst mit dem Phänomen der unterentwickelten Länder zu tun hatten, sich zunächst an die sinnfälligsten Merkmale hielten. Als solche drängen sich auf die Armut, die weitverbreitete Unterernährung und eine Wirtschaftsstruktur, die im wesentlichsten noch von der Landwirtschaft bestimmt und überdies betriebstechnisch rückständig ist.

Auf Grund der Daten von 1949 für 70 Länder stellte das Statistische Amt der Vereinten Nationen die folgende Verteilung des Welteinkommens fest:

	Entfallender vH.-Anteil an	
	Weltbevölkerung	Welteinkommen
„Reiche Länder“	15	62
„Arme Länder“	54	9
Mittlere Länder	31	29

Die vorhandenen Unterschiede sind, wie aus einem Vergleich der Kopfquoten des Jahreseinkommens hervorgeht, sehr kraß: An der Spitze stehen die europäischen Neusiedlungsländer mit Kopfquoten von über 1200 \$ im Jahr:

<sup>6</sup> Klaus Billerbeck: Die Auslandshilfe des Ostblocks für die Entwicklungsländer. Schriften des Hamburg. Weltwirtschaftsarchivs Nr. 11, Hamburg 1960, p. 45.

USA 2343, Kanada 1667, Neuseeland 1249, Australien 1215. Nur die Schweiz reicht noch in diese Spitzengruppe, während die übrigen westeuropäischen Industrieländer sich mit Quoten bis auf 700 \$ herab anreihen. Österreich und Irland haben nur 532 bzw. 509, und sie mengen sich bereits mit Ländern des Sowjetblocks. Die USSR hat 682. Am anderen Ende finden sich Länder mit Quoten unter 100 \$, darunter Indien, China, Pakistan und andere asiatische und afrikanische sowie lateinamerikanische Länder. Der Mittelwert für 96 Länder, die insgesamt 2,6 Mrd. Menschen einschließen, beträgt 200 \$. Darunter lagen 1955 die Kopfquoten von 41 Ländern mit 59 v. H. der Bevölkerung. Allerdings ist die Grenze der eindeutig unterentwickelten Länder eher bei 300 \$ anzusetzen, während die Länder mit Durchschnittseinkommen zwischen 300 und 500 \$ eine Übergangsstellung einnehmen<sup>7</sup>.

Freilich ist zu berücksichtigen, daß solche Berechnungen eine Reihe von Einkommensquellen nicht erfassen, die gerade bei den Ländern mit den niedrigsten Quoten den Menschen das Überleben gestatten. Andererseits werden die unzulänglichen Kopfquoten in Wirklichkeit durch das Vorhandensein von sehr reichen Minderheiten häufig noch gewaltig gedrückt. So sollen z. B. in Kolumbien (mit einer Kopfquote von 330 \$) 2,6 v. H. der Bevölkerung über 40 v. H. des Nationaleinkommens verfügen<sup>7a</sup>. Auch hohe Einnahmen aus Bergbau oder Erdölförderung verfälschen die Kopfquoten, so z. B. in Venezuela mit 762 \$.

Einen weiteren Vergleichsmaßstab geben uns die Ernährungsverhältnisse an die Hand, soweit sie sich statistisch fassen lassen. Dazu eignen sich z. B. die Calorienmengen je Tag und Kopf. Der Weltdurchschnitt beträgt bei 2500 Cal. Darunter bleiben 51 von 93 Ländern, und 64 v. H. der erfaßten Bevölkerung. Fast alle asiatischen, die Hälfte der afrikanischen und einzelne lateinamerikanische Länder, zusammen 56 v. H. der Weltbevölkerung, bleiben sogar unter 2150 Cal/Tag<sup>8</sup>.

Sehr aufschlußreich ist der Hundertsatz der landwirtschaftlich Tätigen, da ja jede Art von höherer Entwicklung notwendig einen zunehmenden Teil der Bevölkerung der Landwirtschaft entfremden muß. Auch in dieser Hinsicht versteht uns der Atlas von N. GINSBURG (vgl. Anm. 7) mit den notwendigen Vergleichsdaten, die den Zustand um 1950 spiegeln. Wenn wir die Länder in drei Gruppen teilen, deren erste durch einen Hundertsatz von unter 30 charakterisiert wird, so versammeln sich hier alle ausgesprochenen Industrieländer Europas, die USA, aber auch die anderen großen europäischen Neuländer: Kanada, Australien, Neuseeland, Argentinien, sogar Chile und Israel, zusammen 17 v. H. der Weltbevölkerung. Die entgegengesetzte Gruppe mit über zwei Dritteln aller Beschäftigten in der Landwirtschaft bilden die offenkundig unterentwickelten Länder, d. h. wiederum die süd- und ostasiatischen und afrikanischen mit wenigen Ausnahmen, einige lateinamerikanische und sogar Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und Albanien. In der Mittelgruppe mengen sich mehr oder minder entwickelte Staaten, darunter USSR, Japan, Brasilien, Mexiko, Polen und Ungarn.

Besonders von amerikanischer Seite bemühte man sich, die charakteristischen Merkmale der unterentwickelten Länder schärfer zu fassen, um damit ihrem Wesen näher zu kommen. Dabei spielt der den Amerikanern so teure Begriff des Lebensstandards eine große, für das tiefere Verständnis des Pro-

<sup>7</sup> Werte um 1955 nach N. GINSBURG: Atlas of Economic Development. The University of Chicago Press, 1961, p. 18. Vgl. Tabelle 2, Spalte 5, am Schluß des Aufsatzes.

<sup>7a</sup> Y. LACOSTE: Les pays sous-développés. Presses Universitaires des France, 1960, p. 13.

<sup>8</sup> N. GINSBURG: Atlas etc p. 30. Vgl. Tabelle 2, Spalte 6, am Schluß des Aufsatzes.

blems aber nicht unbedingt günstige Rolle. In einer 1954 erschienenen UN-Studie wurde Gewicht gelegt auf die folgenden Einzelelemente: Nahrung, Erziehung, Arbeitsbedingungen, Beschäftigungsgrad, Verbrauch verschiedenster Güter, Ersparnisse, Verkehrs- und Transportleistungen, Wohnungsverhältnisse, Bekleidung, Erholung sowie bürgerliche Freiheiten<sup>9</sup>. Eine außerordentlich nützliche Zusammenstellung und kartenmäßige Darstellung von nicht weniger als 47 Struktur- und Verhaltensmerkmalen sehr verschiedener Art für im Durchschnitt 96 Länder der Welt bringt der bereits genannte Atlas of Economic Development von N. GINSBURG (vgl. Anm. 7).

Aus diesem und einigem weiteren Material hat dann BRIAN J. L. BERRY mit Hilfe einer komplizierten statistischen Faktorenanalyse vier „basic patterns“, d. h. grundlegende Verhaltensmuster bzw. die entsprechenden Kennziffern herauskristallisiert, von denen wiederum zwei, das „technological pattern“ und das „demographic pattern“ einerseits die Gesamtheit der wirtschaftlich-technischen, andererseits die demographischen Struktur- und Verhaltensmerkmale in Kennziffern für jedes Land zusammenfassen<sup>10</sup>.

Die entsprechenden Darstellungen zeigen, daß die Gebiete höchster technisch-wirtschaftlicher Entwicklung mit den niedrigsten, die am wenigsten wirtschaftlich-technisch entwickelten Gebiete im allgemeinen mit den höchsten demographischen Kennziffern Hand in Hand gehen.

Indes, so vorzüglich und unangreifbar diese Studie auch in ihrer statistischen Methodik sein mag, so erweckt sie doch Kritik durch ihr allzu kumulatives und zu wenig auf die spezifische Aussagekraft der einzelnen Merkmale Bedacht nehmendes Vorgehen<sup>11</sup>. Nicht weil insgesamt ein wesentlich anderes Ergebnis erwartet wurde, sondern um eine reinere, spezifischere Wertung und Rangordnung der einzelnen Länder im Hinblick auf ihren wirtschaftlich-technischen Entwicklungsgrad und auf ihr demographisches Verhalten zu gewinnen, wurden vom Verfasser an Hand des vom Ginsburg-Atlas dargebotenen Materials bzw. des Demographic Yearbook 1960 neue Kennziffern ermittelt (vgl. Tabelle 2, Spalten 3 und 4).

Dabei wurden zur Ermittlung der Kenn- bzw. Rangziffern der einzelnen Länder hinsichtlich der wirtschaftlich-technischen Entwicklung die folgenden Merkmale verwendet: 1. Kopfquote des Nationaleinkommens, 2. Kalorienquote, 3. Vonhundert-Satz der nicht-landwirtschaftlich Erwerbstätigen, 4. Weizenерtrag je ha, 5. Reisertrag je ha, 6. Alphabetismus, 7. Motorfahrzeugquote, 8. Erzeugungsquote an elektrischer Energie, 9. Stahlverbrauchsquote, 10. Verbrauchsquote an Handelsdünger. Dabei wurde so vorgegangen, daß die Rangziffern der

<sup>9</sup> Report on International definition and measurement of standards and levels of living. New York 1954. — Vgl. ferner: M. K. BENNETT: International disparities in consumption levels. American Economic Review 1951, p. 623—49; R. HARTSHORNE: Geography and economic growth, in: N. GINSBURG (ed.): Essays on Geography and economic development, Chicago Univ. Dept. of Geography, Research Paper No. 62, Chicago 1960, p. 3—25.

<sup>10</sup> BRIAN J. L. BERRY: Basic patterns of economic development. In: N. GINSBURG: Atlas etc. A. a. O., p. 110—119; ferner derselbe: An inductive approach to the regionalization of economic development, in: N. GINSBURG (ed.): Essays on Geography and economic development, A. a. O., p. 78—107.

<sup>11</sup> So wurden z. B. zur Ermittlung der Kennziffern des technological pattern nicht weniger als 43 Werte verwendet, darunter neben relativen (wie Kopf- und Flächenquoten) auch absolute Werte, die natürlich von der Größe der verschiedenen Länder abhängen und kaum über den Entwicklungsgrad etwas aussagen; ferner Außenhandelsquoten, darunter auch der Grad der Verflechtung mit dem nordatlantischen Raum; Menge der Energiereserven; Vonhundert-Satz der kultivierten Fläche; Kopfquote der internationalen Briefpost; u. a. mehr, was die Gesamtkennziffer eher verunklart als zu einem Instrument des Vergleichs macht. Ferner wurden hier bereits Bevölkerungsdaten wie Dichte, Geburten-, Sterbe-, Wachstumsraten, Kindersterblichkeit u. a. mitverarbeitet so wie andererseits bei der Ermittlung der Kennziffern des „demographic pattern“ neben den Bevölkerungsdaten auch technologisch-wirtschaftliche Daten wie Ernteerträge, Einkommens-, Außenhandels-, Zeitungs-, Telephon- und andere Kopfquoten Verwendung fanden.

einzelnen Länder hinsichtlich jedes Merkmals (die durch Reihung und Numerierung der Länder nach der Höhe ihrer Werte zustandekommen) aus dem Atlas von GINSBURG übernommen und jeweils gemittelt wurden. Die entwickeltsten Länder erhalten so die niedrigsten, die unentwickeltesten die höchsten Kennziffern. Die Kennziffer hinsichtlich der demographischen Entwicklung bzw. des demographischen Typus wurde durch bloße Addition der rohen Geburten- und Sterbeziffern gewonnen, so daß die niedrigen Werte den industriellen Typ mit niedrigen Geburten- und niedrigen Sterbeziffern, die hohen Werte den unentwickelten Typ mit hohen Geburten- und hohen Sterbeziffern repräsentieren und die mittleren Werte die im Übergang befindlichen Länder kennzeichnen<sup>12</sup>. Man kann diese Ziffer als demographische Umsatzziffer bezeichnen (Spalte 4).

In den Spalten 5—14 der Tabelle 2 sind die wahren Werte der oben genannten zehn Merkmale der wirtschaftlich-technischen Entwicklung angeführt (nach den Angaben in dem Atlas von GINSBURG), um in dieser Hinsicht genauere Einblicke und Vergleiche zu ermöglichen. In den Spalten 15—16 sind die rohen Geburten- und Sterbeziffern wiedergegeben. Dabei wurden in beiden Gruppen Werte in Klammer gesetzt, die mit größerer Unsicherheit behaftet sind, sei es daß sie mit guten Gründen angezweifelt werden können, sei es, daß es sich um Werte eigener Schätzung handelt. In gleicher Weise wurde auch bei den Kennziffern vorgegangen.

Nach dem Vorgang von B. J. L. BERRY kann man die Positionen der Länder in einem Koordinatennetz, dessen Abszisse die wirtschaftlich-technologischen und dessen Ordinate die demographischen Kennziffern enthält, eintragen und erhält dann ein übersichtliches Bild der relativen Position aller erfaßten Länder im Hinblick auf diese zwei wichtigen Entwicklungstendenzen (vgl. Tafel I). Es ergeben sich Gruppen von Ländern gleichartiger Position, die sich zu regionalen Einheiten zusammenschließen. Als solche erscheinen:

1. Die Industrieländer des außersowjetischen Europa, mit den europäischen Neusiedlungsländern in Übersee, soweit vorwiegend nordwesteuropäischer Herkunft;
2. Die Länder im Sowjetblock;
3. Die südeuropäischen Länder, mit einigen europäischen Neusiedlungsländern in Übersee, vorwiegend mediterraner Herkunft;
4. Die lateinamerikanischen Länder mit stark gemischter Bevölkerung;
5. Die Länder des Vorderen Orients und des islamischen Nordafrika;
6. Tropisch-Afrika;
7. Süd- und Ostasien.

Die Lage dieser regionalen Einheiten in dem Koordinatennetz ist äußerst charakteristisch und erlaubt wichtige vergleichende Feststellungen zu treffen. Hinsichtlich der wirtschaftlich-technischen Entwicklung kann man drei Gruppen von Ländern scheidet: Die voll entwickelten mit Rangziffern unter 20; „halb- und minder entwickelte“ mit Rangziffern von 45 aufwärts bis über 20; schließlich die wahrhaft unterentwickelten mit Rangziffern über 45. Hinsichtlich ihres demographischen Verhaltens ergibt sich, daß die vollentwickelten Länder Umsatzziffern von 38—40 nicht überschreiten. Desgleichen nicht die europäischen „Halbentwickelten“ in Südeuropa oder im Sowjetblock. Ihnen gesellen sich auch einige europäische Neusiedlungsländer zu wie Israel, Argentinien,

<sup>12</sup> Auf die Bevölkerungswachstumsrate wurde verzichtet, da sie demographisch nicht eindeutig ist. Wird sie doch auch durch Zu- und Abwanderung stark beeinflusst.

Uruguay, auch Südafrika hinsichtlich der weißen Bevölkerung, ferner Cuba, Japan. Dagegen liegen die demographischen Umsatzziffern einer Anzahl weiterer lateinamerikanischer Länder, die man ihrem Entwicklungsstand nach mit den minder entwickelten europäischen Ländern gleichstellen muß, noch über 40, was sie von den eben genannten charakteristisch unterscheidet. Zu diesen Ländern gehören Chile, Puerto Rico, Britisch Guaiana, Britisch Westindien, Surinam, Venezuela, Mexiko, Costa Rica; dazu Hongkong, Malaya. Die eindeutig unterentwickelten Länder haben sämtlich demographische Umsatzziffern über 40.

Auch wenn man von den Kennziffern natürlich keine absolute Exaktheit verlangen darf — abgesehen von den oft wenig zuverlässigen Unterlagen ist es natürlich problematisch, so große Räume wie die Sowjetunion, China, Indien oder Brasilien mit einer einzigen Kennziffer charakterisieren zu wollen — so erlauben sie doch, gerade auch in Verbindung mit den demographischen Werten, Rangvergleiche wenigstens der Größenordnung nach durchzuführen.

Die Tafeln II und III erlauben die geographische Verteilung der voll-, halb- und unterentwickelten Länder über die Erde hin zu erkennen und diese auch nach ihrem demographischen Verhalten einzustufen.

Freilich ist mit alledem zunächst noch nichts zur Erkenntnis der die Strukturmerkmale bedingenden funktionellen Zusammenhänge und von deren tieferen Hintergründen und Ursachen gewonnen. Eine noch so genaue und eingehende Kenntnis der statistisch faßbaren Symptome vermittelt noch keine Kenntnis des Wesens. Diese Frage nach dem Wesen, nach dem Warum und Wieso der unterentwickelten Länder ist erstaunlicherweise in der Diskussion über diesen Problembereich bisher fast ganz gegenüber der anscheinend praktisch viel wichtigeren Frage nach der bestmöglichen Art und Weise der Hilfeleistung zurückgetreten, obwohl jedem tiefer Denkenden einleuchten müßte, daß jeder Versuch zur Beantwortung dieser letzteren Frage notwendig die ausreichende Beantwortung der ersteren zur Voraussetzung hat. Es gibt dementsprechend heute zwar Theorien über das wirtschaftliche Wachstum und wie es angekurbelt werden kann, kaum aber eine zureichende Theorie über die Unterentwickeltheit selbst, d. h. woran es liegt, daß so viele Länder es schwierig finden, das europäisch-amerikanische Beispiel der wirtschaftlichen Entwicklung nachzumachen.

Die ziemlich allgemeine Meinung hierüber wurde von dem ehemaligen Direktor der Abteilung „Ernährung“ im Middle East Supply Centre, jener zentralen Behörde, die die Briten während des letzten Krieges zur Sicherung der Versorgung ihrer Truppen, aber auch der Zivilbevölkerung im Vorderen Orient schufen, schon 1946 recht gut zum Ausdruck gebracht: „In allem wesentlichen gleicht die soziale Organisation und die Landwirtschaft des Mittleren Ostens derjenigen, die solange in Westeuropa herrschte und die noch heute in Indien vorhanden ist . . . Heute befindet sich der Mittlere Osten in gleicher Situation und am gleichen Wendepunkt (nämlich wie Europa am Vorabend der Industrialisierung, Verf.), nur mit dem einen großen Unterschied, daß jetzt alle Erfahrungen und wissenschaftliche Hilfe zur Verfügung stehen, um die Schwierigkeiten des Übergangs zu mildern“<sup>13</sup>.

In dem eben herangezogenen Aufsatz von B. J. L. BERRY finden sich unter den Schlußfolgerungen folgende Sätze: „Ein unterentwickeltes Land gehört ganz offenkundig nicht einer eigenen Gruppe mit ganz besonderen Eigenschaften an.

<sup>13</sup> K. A. H. MURRAY im Vorwort zu B. A. KEEN: The agricultural development of the Middle East. A Report to the Director General, Middle Supply Centre, May 1946. H. M. S. O. London 1946, p. VIII.

Es ist ganz einfach eine Nation, die im Vergleich zu anderen Nationen in verschiedenen Hinsichten einen tieferen Stand aufweist. Daher sollten wir lieber von ‚weniger entwickelten‘ als von ‚unterentwickelten‘ Ländern sprechen“<sup>14</sup>.

Auch die meisten Nationalökonomten, die sich ja besonders reichlich mit dem ganzen Problem befaßt haben, scheinen sich im wesentlichen mit derselben Ansicht zufrieden zu geben, was aber nichts anderes bedeutet als daß sie — nach dem Rezept des guten alten Onkels Bräsig in Fritz Reuters Roman „Ut mine Stromtid“ — die Armut von der Pauvreté ableiten, indem sie feststellen, daß diese Länder so arm sind, weil sie noch nicht industrialisiert sind, und noch nicht industrialisiert, weil sie dazu zu arm sind . . .

Die praktische Politik zog bekanntlich aus dieser ziemlich allgemeinen Meinung den Schluß, daß neben einer breiten technologischen Beratung vor allem eine massive Kapitalhilfe erforderlich und ausreichend sei, um die Wirtschaft der unterentwickelten Länder auf den Weg der Produktionssteigerung zu bringen. Die im vorigen Abschnitt angedeutete Entwicklungshilfe kam auf diese Weise ins Rollen.

Unter der gleichen Annahme — nämlich daß in den unterentwickelten Ländern im Grunde die gleichen sozialökonomischen Voraussetzungen beständen wie in den entwickelten Ländern, daß daher, nach Beseitigung gewisser institutioneller Hindernisse, gleiche Maßnahmen zu gleichen Ergebnissen führen müßten, berechneten die Fachleute der Ökonometrik und Theoretiker des wirtschaftlichen Wachstums die Kapitalmengen, die erforderlich wären, um das Nationalprodukt dieser Länder um bestimmte Prozentsätze zu steigern. Bekanntlich veranschlagten schon 1950/51 UN-Experten die Kapitalmengen, die in sämtlichen unterentwickelten Ländern jährlich investiert werden müßten, um das Sozialprodukt jährlich um 2,5 v. H. oder, angesichts einer angenommenen jährlichen Bevölkerungsvermehrung um 1,25 v. H., um 2 v. H. steigern zu können, auf über 19 Mrd. \$, wovon diese Länder über 5 Mrd. aus eigenem aufzubringen imstande sein sollten<sup>15</sup>. Andere kamen zu wesentlich höheren Summen, die erforderlich seien. So berechnet L. TABAH, daß, um den Lebensstandard dieser Länder in 35 Jahren zu verdoppeln, für den Anfang 50 bis 60 Mrd. \$, gegen Ende der Periode aber 250—300 Mrd. \$ (je nach der bis dahin erzielten Verringerung der Bevölkerungszuwachsrates) im Jahr nötig seien<sup>16</sup>.

Als Gründe für das Zurückbleiben der unterentwickelten Länder auf einem Wege, der offenkundig als gemeinsam und notwendig dem gleichen Ziele zustrebend betrachtet wird, bieten sich offensichtlich verschiedene an, soferne darüber überhaupt Erwägungen angestellt werden. Am häufigsten wird — von den Führern der neuen Staaten selbst, von der Propaganda des Ostblocks, aber auch von den meisten Amerikanern — die repressive Kolonialpolitik der alten Kolonialmächte dafür verantwortlich gemacht. Hiefür scheinen sich Beweise in Fülle anzubieten. Die Ruinierung des alten indischen Dorf- und Stadtgewerbes unter dem Einfluß der Einfuhr englischer Fabrikate, die einseitige Entwicklung von Export-, speziell Rohstoffproduktionen zugunsten der Industrien der Kolonialmächte, die Ausbeutung von Bodenschätzen ohne wesentlichen Nutzen für die Kolonien selbst, Eingriffe in die Agrarstruktur, die zur Festigung von Großgrundbesitz führten (Beispiel: das Zamindar-System in dem

<sup>14</sup> A. a. O., p. 106.

<sup>15</sup> Measures for the economic development of underdeveloped countries. UN-Publ. II, B, II, New York 1951.

<sup>16</sup> L. TABAH in „Le Tiers Monde“, I.N.E.D. (Paris) No. 27. Zitiert nach YVES LACOSTE: Les pays sous-développés. Presses Universitaires de France, 1960, p. 98/99.

ehemaligen Britisch-Indien), ganz allgemein Förderung der ausbeutenden Schichten, mit denen die Kolonialmächte ihre Verträge schlossen oder ihren Handel treiben — das ist so eine Auslese der Vorwürfe, die in diesem Zusammenhang gegen die Kolonialmächte und ihr System erhoben werden und die ohne allen Zweifel einen größeren oder geringeren Wahrheitskern aufweisen.

Dennoch ist es verfehlt, in ihnen den Hauptgrund für das Zurückbleiben der unterentwickelten Länder suchen zu wollen. U. a. wird dabei übersehen, daß nicht wenige immer unabhängig gebliebene oder schon seit langem wieder unabhängige Länder (wie z. B. diejenigen Lateinamerikas) die gleichen Stagnationserscheinungen aufweisen oder aufwiesen. Auch bedarf die Tatsache, daß sie trotz Unabhängigkeit in halbkoloniale Wirtschaftszustände gerieten wie etwa China, Iran, die Türkei und viele lateinamerikanische Länder, einer zureichenden Erklärung.

Auf andere Gründe, die gelegentlich für den Rückgang oder das Stagnieren von Kulturen angeführt werden oder wurden wie etwa ungünstige klimatische Verhältnisse, Fehlen oder Erschöpfung von natürlichen Reichtümern einschließlich des Bodens, lähmende religiöse Doktrinen, Zusammenbruch tragender Schichten, biologischer Niedergang soll hier nicht näher eingegangen werden. So wenig auch ihnen ein gewisser Wahrheitskern abgesprochen werden kann oder soll, so dürfte ihnen allen doch im Rahmen unserer weitausgreifenden Fragestellung nur zweit- oder drittrangige Bedeutung zukommen. Sie maskieren die wahre Situation eher als daß sie sie enthüllen. Das ganze Problem muß auf einer anderen Ebene aufgerollt werden.

### III.

Es handelt sich dabei um ein Problem der gesamt menschlichen Zivilisationsentwicklung, die, wie alle Ergebnisse der neueren Forschung immer deutlicher zeigen, nur als ein historischer Prozeß, d. h. als ein einmaliges Geschehen in Zeit und Raum begriffen werden kann. Auf ihrem langen Wege von der Urzeit bis zur heutigen Höhe lebte die Menschheit im wesentlichen, d. h. als Normalzustand, in traditionellen, festgefühten Formen von Gesellschaft und Wirtschaft, die bei einer im ganzen nur geringen Vermehrung der Bevölkerung aus sich heraus im allgemeinen nur geringe Impulse zu Fortschritten empfing. Sieht man von zahllosen kleinen und kleinsten Errungenschaften ab, die das kulturelle Erbe der verschiedenen Menschheitsgruppen im Laufe der Zeit bereicherten, so waren es verhältnismäßig wenige große Zivilisationsfortschritte, die wirklich umwälzend wirkten, indem sie neue Lebensformen entstehen ließen und damit die betroffenen Gesellschaften auf eine höhere Stufe hoben.

Irgendwo aus jeweils besonderen Voraussetzungen und Antrieben entstanden, breiteten sie sich entsprechend den gegebenen Bedingungen in historisch bzw. archäologisch mehr oder minder gut verfolgbare Weise aus, meist Gebiete aussparend, in denen ältere Formen sich zu halten vermochten.

In unserem Falle ist das Aufkommen des Industrialismus eine solche, alle bisherigen Lebensformen umwälzende Neuerung oder „Revolution“, wie man den Vorgang mit Recht genannt hat. Er ist historisch gut verfolgbar, wenn auch in seinen Aspekten und Auswirkungen noch kaum zureichend untersucht und voll aufgefaßt. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Nordwesteuropa entstanden, hat er sich zunächst auf diesem Kontinent und sehr bald auch in Nordamerika verbreitet, um später die ganze Welt in seinen Bann zu ziehen. Es sind die industrialisierten Länder, die wir heute die „entwickelten“

nennen, während das Prädikat „unterentwickelt“ allen jenen Ländern zuteil wird, denen es noch nicht gelungen ist, sich in entsprechendem Umfang zu industrialisieren oder doch ihre Produktion im Sinne des Industrialismus zu rationalisieren.

Es ist äußerst auffällig, daß dieser jüngste und höchst bedeutsame Fortschritt gerade im nordwesteuropäischen Abendland erfolgte, das so peripher zu dem Vorderen Orient liegt, in dem fast alle älteren, wirklich bedeutsamen Zivilisationsfortschritte einschließlich der Entstehung der Hochkultur stattgefunden hatten. Es müssen hierfür besondere Gründe, besondere Voraussetzungen vorliegen, die in den anderen Hochkulturgebieten und insbesondere in dem Entstehungszentrum der Hochkultur mit seinem drei bis vier Jahrtausende alten Vorsprung offenbar nicht vorgelegen haben können, da dieser Schritt sonst ohne allen Zweifel dort schon lange vorher vollzogen worden wäre.

Es ergibt sich hieraus eine Besonderung und Vereinzelung der abendländischen Entwicklung — von der auch das Mittelmeergebiet ausgenommen ist, das doch sonst in so vieler Hinsicht die abendländische Entwicklung tiefgreifend beeinflusste —, die für die richtige Auffassung unseres Problems von der größten Bedeutung ist. Hier im Abendland geschah ein Sprung nach vorwärts von einem Sprungbrett aus, das in den übrigen Kulturen und damit den unterentwickelten Ländern ganz einfach nicht vorhanden ist.

An seiner Stelle ist hier aber kein Vakuum, sondern hier sind andere geistige, soziale und wirtschaftliche Strukturen, die gerade in den höchststehenden dieser Kulturen auf sehr alten Traditionen fußen. Ihre sozialwirtschaftlichen Aspekte zu studieren, wurde bisher allzu sehr vernachlässigt. Man begnügte sich mit ziemlich bruchstückhaften und allgemeinen Angaben und verabsäumte, vorliegende wertvolle Einzelforschungen zu einem fundierten Gesamtbild zusammenzufügen.

Es handelt sich hier um ein Wirtschaftssystem, das in den Städten des alten Orients schon sehr früh, spätestens am Anfang des zweiten vorchristlichen Jahrtausends zur Ausbildung kam und mit dem älteren Städtewesen weite Verbreitung fand. Man muß es als einen echten Kapitalismus bezeichnen, da es mit allen typischen Kennzeichen des rationalen Erwerbstrebens, der Reichtumsbildung als Ziel an sich behaftet ist. Von dem uns geläufigen Kapitalismus abendländischer Entstehung unterscheidet es sich vor allem dadurch, daß seine Träger der Gütererzeugung selbst nur geringes Interesse und den damit Beschäftigten ausgesprochene Geringachtung entgegen bringen. Sie überlassen die Erzeugung sich selbst, das heißt dem Kleinbetrieb in der Hand von Bauern, Handwerkern usw., um ihr Interesse auf das Abschöpfen von Ertragsanteilen („Renten“) zu konzentrieren. Daher wurde dieses System von mir auch als „Rentenkapitalismus“ bezeichnet<sup>17</sup>.

Der Anspruch auf Anteile an den Erträgen vor allem der bäuerlichen Arbeit ist an sich herrschaftlichen Ursprungs und kennzeichnend für Feudalgesellschaften. Die Verleihung solcher Titel hatte den Zweck, geeignete Männer zu militärischen und Verwaltungsaufgaben freizumachen, da ihnen damit die Sorge um ihren standesgemäßen Unterhalt abgenommen wurde. Das rentenkapitalistische Wirtschaftssystem entstand nun dadurch, daß dieses Rentenwesen auf eine kommerzielle Grundlage gestellt wurde. Rententitel wurden zu

<sup>17</sup> H. BOBEK: Iran. Probleme eines unterentwickelten Landes alter Kultur. Frankfurt/M. 1962. Derselbe: Die Hauptstufen der Gesellschafts- und Wirtschaftsentfaltung in geographischer Sicht. Die Erde (Berlin), Jg. 90, 1959, p. 259—298. Derselbe: Aufriß einer vergleichenden Sozialgeographie. Mitt. Geogr. Ges. Wien, Bd. 92, 1950, p. 34—45.



einer handelbaren Ware und damit ein Mittel der Reichtumsbildung. Zur Untergründung des kommerziellen Rentenwesens wurde — vor allem in der Landwirtschaft — ein System von Produktionsfaktoren ausgefeilt, deren jedem ein Ertragsanteil zugemessen wurde, der demjenigen, der den Faktor beistellte, zufallen sollte. Als solche Produktionsfaktoren wurden in der Landwirtschaft der Boden, gegebenenfalls das Wasser, Saatgut, Vieh und Gerät und die menschliche Arbeit betrachtet. Ähnliche Systeme wurden auch für die gewerbliche Wirtschaft und andere güterschaffende Wirtschaftszweige ausgearbeitet.

Es ist klar, daß dies ein vorzügliches System ist, um durch Aneignung möglichst vieler Produktionsfaktoren von möglichst vielen Bauern-, Handwerker-, Gruben- und sonstigen Betrieben den größten Teil ihrer Erträge in die Hand der Kapitalisten zu bringen. Der errungene Reichtum konnte immer wieder in die Erwerbung weiterer Rententitel investiert werden. Mit Hilfe einer geschickten Verschuldungstaktik gelingt es, Bauern und Handwerker um ihre Betriebsmittel und darüber hinaus in dauernde finanzielle Abhängigkeit zu bringen.

Andererseits aber führt dieses rentenkapitalistische System, wo es ungehemmt herrscht, mit seinem ständigen Abschöpfen ohne Gegenleistung notwendig zu Raubbau und Stagnation, wenn nicht Rückgang der Produktion, da es den ausgebeuteten Bauern und Handwerkern nicht nur jede Möglichkeit, sondern auch die Lust zu irgend einer produktiven Investition nimmt. Es ist weltgeschichtlich höchst bedeutsam, daß auch die besitzende Oberschicht, die die Möglichkeit dazu hätte, ihre produktiven Investitionen in der Regel auf das allernotwendigste beschränkt (z. B. Errichtung von Bewässerungsanlagen, die als wichtiger Produktionsfaktor unmittelbaren Ertrag versprechen). In dem herkömmlichen System der Produktionsfaktoren ist jedoch kein Raum für eine eigentliche Unternehmerleistung mit entsprechender Vergütung. Das Prinzip der Aufteilung des Bruttoertrags drängt vielmehr zu einer Minimumwirtschaft derart, daß jeder der Beteiligten seinen Einsatz auf das praktisch gerade noch erträgliche Minimum beschränkt.

Zweifellos verlangt diese Haltung der rentenkapitalistischen Oberschichten nach einer zureichenden Erklärung. Man kann sie einerseits finden in der historischen Entstehung dieser Art von Kapitalismus aus der Umwandlung von herrschaftlichen Rentenansprüchen, die ja niemals primär erwerbswirtschaftlichen Zwecken dienten und offenkundig diesen ursprünglichen wirtschaftsfremden Charakter auch nach der Kommerzialisierung der entsprechenden Titel nie ganz ablegten; andererseits in der besonderen Struktur des alten orientalischen Staates, der seinen theokratischen Ursprung ebenfalls niemals verleugnete und grundsätzlich an der Herrscherallmacht festhielt. Dem daher praktisch meist ein starkes Element von Willkür innewohnte, mit dem auch der Reiche und Mächtige immer zu rechnen hatte. Man zog es daher vor, seinen Reichtum nicht allzu sichtbar werden zu lassen, um ihn und sich selbst nicht in Gefahr zu bringen. Ohne allen Zweifel hat dieses Element der Unsicherheit (das ja durch weitere Faktoren noch gesteigert wurde) entscheidend dazu beigetragen, an sich gegebene Tendenzen zur Bildung von Großbetrieben immer wieder zurücktreten zu lassen<sup>18</sup>.

Wir können daher die traditionelle Reichtumsbildung innerhalb dieses sehr alten und tief eingewurzelten Wirtschaftssystems des Rentenkapitalismus dahin

<sup>18</sup> Wieviel auch weiteren Elementen, z. B. dem Nomadentum, an der Ausbildung des rentenkapitalistischen Wirtschaftsgeistes beizumessen ist, habe ich an anderer Stelle angedeutet. (Vgl. H. BOBEK, 1959, p. 281.)

charakterisieren, daß sie im wesentlichen in einem geschickten Ansziehen eines möglichst großen Anteils von der Güterdecke der Erde besteht, die im übrigen als etwas von Gott, den Naturkräften, der menschlichen Natur schlechthin Bestimmtes und kaum Vermehrbares betrachtet wird. Damit ist der Blickpunkt gewonnen, von dem aus die Leistung des Abendlandes und des von ihm geschaffenen „Produktiven Kapitalismus“<sup>19</sup> erst richtig gewürdigt werden kann.

Denn das Neue an diesem Wirtschaftssystem ist eben, daß sich die Reichtumsbildung in seinem Rahmen nicht auf das Zusammenraffen beschränkt, sondern sich die Vermehrung des Produkts angelegen sein läßt. Dies geschieht, indem das Kapital, oder die Kapitalisten, sich nicht nur gelegentlich und fallweise, sondern — man kann wohl sagen erstmals — grundsätzlich der Produktion selbst annehmen und diese damit einer tausendjährigen technischen Stagnation entreißen. Zweifellos hat es an arbeitsparenden Erfindungen auch im Bereich des Rentenkapitalismus nicht gefehlt (schließlich waren ja in dessen Ursprungsgebiet die wesentlichsten älteren Fortschritte der Landwirtschaft und des Gewerbes erzielt worden), aber sie konnten infolge der desinteressierten Haltung der Oberschichten und der extremen Armut und dem Fatalismus der breiten, arbeitenden Masse nicht zu irgend einem Erfolge kommen.

Aus dieser Sorge um die Verbesserung der Produktionsmittel, und aus der Bereitschaft, hierfür Kapital aufzuwenden, erwuchs überhaupt erst der Typ des produktiven Unternehmers, der schließlich, unter Ausnutzung verschiedener gegebener Chancen und gefördert von der gleichzeitig und aus gleichen historischen Wurzeln aufblühenden Naturwissenschaft und Technik, das industrielle System herausbildete.

Diese Wurzeln lagen in der Entwicklung eines besonderen abendländischen Bürgertums beschlossen, in dem sich, erstmals in der Weltgeschichte, nicht nur kaufmännischer, sondern auch gewerbebürgerlicher, an der Fertigung selbst interessierter Geist mit politischer Freiheit und Geltung zu einer besonderen Haltung und Weltanschauung verbanden, der letztlich alles zu danken ist: Der kritische, zur modernen Wissenschaft führende Geist wie auch das Unternehmertum und der produktive Kapitalismus<sup>20</sup>.

Wie dieser bürgerliche Geist im einzelnen sich entwickelte und trotz schwerer Rückschläge schließlich doch durchdrang, wie dabei die verschiedensten Umstände ihn förderten und seine immer breitere Auswirkung ermöglichten, kann hier auch nicht andeutungsweise ausgeführt werden. Von Belang ist, daß der erste Schritt, der Aufstieg der Stadt zur autonomen politischen Gemeinde und die Ausarbeitung von Formen des politischen Lebens, die später auch für das Abendland, für die Ausformung der bürgerlichen Rechtsstaat-Idee von größter Bedeutung wurden, bereits im Mittelmeergebiet im Rahmen der antiken griechischen Stadt erfolgte. Der zweite Schritt, die Überwindung des rentenkapitalistischen Wirtschaftsdenkens, gelang aber endgültig erst dem Bürgertum des atlantischen Europa.

Außerhalb des Abendlandes fehlte es an einem solchen Bürgertum, und daran gebricht es gerade den unterentwickelten Ländern alter Kultur noch heute. Es ist daher nicht so, daß sie auf dem Wege zum Industrialismus aus verschiedenen Gründen ein Stück zurückgeblieben wären, sondern sie befanden sich über-

<sup>19</sup> H. BOBEK, a. a. O., 1950, 1959.

<sup>20</sup> Vgl. H. BOBEK: Die spezifische Stellung und Leistung des Abendlandes. Wissenschaft und Weltbild, Wien 1960, p. 169—178.

haupt nicht auf dem Wege dahin. Das industrielle System hätte in ihrem Schoße niemals geboren werden können.

Nicht alle unterentwickelten Länder gehören aber dem rentenkapitalistischen Zivilisationskreise an. Man kann sagen, daß nur jene Länder von ihm durchdrungen wurden, in denen das ältere, d. h. vorindustrielle Städtewesen sicheren Fuß zu fassen vermochte. Dies waren vor allem China, Zentralasien, Indien, der Vordere Orient einschließlich Nordafrikas und das restliche Mittelmeergebiet. Dazu kommt Lateinamerika, wohin diese Wirtschaftsgesinnung von den Spaniern und Portugiesen übertragen wurde, ferner die Philippinen und einige weitere Inseln, wo dasselbe der Fall war. Weitere, z. T. sehr alte, z. T. jüngere Ausstrahlungsgebiete stellen Japan und Taiwan, die südostasiatische Halbinsel, der malaiische Raum und Indonesien dar, ferner der Sudan und Ostafrika<sup>21</sup>. Wir haben es hier mit echten kolonialen Ausstrahlungen der rentenkapitalistischen Völker zu tun, vor allem der Araber, Inder und Chinesen, die teilweise zu Eroberungen und Staatenbildungen, teilweise nur zu handelsmäßiger Durchdringung der einheimischen Bevölkerungen führten und sich zum Teil unter den Augen der europäischen Kolonialverwaltungen bis in die Gegenwart fortsetzten oder noch fortsetzen.

Es kommt hier das beträchtliche Zivilisationsgefälle zur Auswirkung, das zwischen den alten städtisch durchwirkten und überhöhten Kulturen und den angrenzenden Bauernbevölkerungen immer bestand, seit dieses Städtewesen vom Vordenen Orient aus seinen Vormarsch angetreten hatte. Auch in den alten Ländern bestanden früher und bestehen z. T. heute noch Enklaven, in denen sich freie Stammesbauern oder gar noch vorbäuerliche Sammler und Jäger erhielten, zumeist im Schutze unwegsamer Gebirge und Waldmassive. Zugleich mit der Akkulturation vollzog sich hier überall die Durchdringung durch den Rentenkapitalismus, indem die Bauern von den Händlern zunächst in Schuldabhängigkeit verstrickt und dann, sofern eine Individualisierung des Bodenbesitzes schon stattgefunden hatte, um ihre Eigentumsrechte gebracht wurden. Vielfach kam es zur Aufrichtung von Fürstentümern und ganzen Reichen nach dem Vorbild in den alten Hochkulturländern. Diese politische Überschichtung hörte natürlich mit den europäischen Besitzergreifungen auf, nicht so aber die Infiltration von Händlerschichten aus dem rentenkapitalistischen Raume.

Die Beseitigung der europäischen Herrschaft wird auch manche dieser rentenkapitalistischen Einlagerungen in Krisen stürzen, die zu ihrer Beseitigung führen können. So hat sich bekanntlich Indonesien eines Großteils seiner chinesischen Händlerschicht entledigt, während Malaya hierzu wohl kaum mehr imstande sein wird. Es besteht kaum ein Zweifel, daß die Inder in Ostafrika früher oder später vor schwierige Entscheidungen gestellt werden dürften und das gleiche mag für die Syrer und Libanesen in Westafrika gelten. Auch die Stellung der Inder in Teilen Südafrikas wird kaum zu halten sein, wenn die weiße Herrschaft zusammenbrechen sollte. Die älteren Überschichtungen und Kultureinflüsse in Afrika und im malaiisch-indonesischen Raum dürften hingegen schon so weitgehend integriert sein, daß ihren Vertretern die Führung bei den neuen Nationsbildungen vorwiegend zufallen wird.

Diese, die absurderweise in vielen Fällen der allzu rasch gewährten Unabhängigkeit erst nachfolgen muß, wird bei denjenigen Bevölkerungen, die bisher noch gar keine oder nur kurzfristige Staatenbildungen in ihrer Vergangenheit

<sup>21</sup> Vgl. die Karte in H. BOBEK: Hauptstufen etc. 1959.

erlebt haben, noch auf bedeutende Schwierigkeiten stoßen. Aber auch wo historische Staatenbildungen vorliegen, die ein gewisses übertribales Zusammengehörigkeitsgefühl hinterlassen haben, entsprechen ja die aus der Kolonialzeit vererbten Staatsgebiete nur selten den historischen. So wie in Teilen Indonesiens seit Erlangung der Unabhängigkeit der Aufruhr unzufriedener ethnischer und regionaler Gruppen permanent geworden ist, so steht zu befürchten, daß auch in Ländern wie Tanganjika, Kenia und Nigeria die Auseinandersetzungen um die Nationsbildung noch schwere Erschütterungen hervorrufen werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung dürfte dagegen in den bisher noch nicht stärker vom Rentenskapitalismus durchdrungenen Ländern eher günstige innere Voraussetzungen antreffen. Diese Bauernbevölkerungen, die meist auch eine gewisse Gewerbetätigkeit entfaltet, sind an sich der Produktion zugewandt und Maßnahmen zu ihrer Verbesserung und Kommerzialisierung durchaus zugänglich. In dieser Hinsicht spricht der oft überraschend gute Erfolg der sogenannten „Eingeborenenkulturen“ auf Kakao, Erdnüsse, Palmöl, Kaffee und Baumwolle in West- und Ostafrika eine deutliche Sprache. Natürlich kann nicht übersehen werden, daß durch die Unabhängigkeit die Risiken nach innen (durch eine soziale Fehlentwicklung in Richtung auf den Rentenskapitalismus hin) und nach außen (vom Weltmarkt her) beträchtlich gestiegen sind.

#### IV.

Betrachten wir vor diesem Hintergrunde die gegenwärtige Situation, so können wir verschiedene Feststellungen machen.

1. Die Hoffnung, daß es nur der Befreiung von der europäischen Kolonialherrschaft und einiger zusätzlichen Kapital- und Expertenhilfe bedürfe, um in den unterentwickelten Ländern das Spiel der marktwirtschaftlichen Faktoren in Gang zu setzen, das gleichsam automatisch zur wirtschaftlichen Entwicklung und Steigerung der Produktivität führen würde, muß, wenn sie jemals in dieser primitiven Form bestand, aufgegeben werden. Es fehlen hiefür die geistigen und sozialstrukturellen Voraussetzungen in einem Umfang, der erst aus der entwicklungsgeschichtlichen Sicht voll gewürdigt werden kann. Namentlich in den Ländern rentenskapitalistischer Tradition und eines hochentwickelten eigenständigen Kulturerbes sind nicht nur starke institutionelle Hemmnisse zu überwinden, sondern auch eine geistige Umstellung zu vollziehen, die eine Sache mehrerer Generationen ist, wenn sie auf evolutionärem Wege sich vollziehen soll. Begünstigt erscheinen hier Bevölkerungen, die bereits einer längeren Beeinflussung durch den europäisch-amerikanischen Wirtschaftsgeist ausgesetzt waren.

2. Die unterentwickelten Länder befinden sich heute in der Lage, die Malthus in Europa am Vorabend der Industrialisierung antraf und aus der er sein bekanntes Gesetz ableitete (das dann durch eben diese Industrialisierung Lügen gestraft wurde) — nur mit recht bemerkenswerten Unterschieden. Die Landwirtschaft dieser Länder, die meist 70—80 v. H. aller Berufstätigen umfaßt, kann die ungeheuer anschwellende Bevölkerungslawine (mit jährlichen Wachstumsraten von 2,5—3,5 v. H.), in deren Verlaufe die Bevölkerung der unterentwickelten Länder von 1,8 auf 4 Mrd. am Ende des Jahrhunderts anwachsen wird, nicht mehr in den Dörfern zurückhalten. Ein Abströmen der arbeitslosen Landleute in die Städte setzt ein, wo sie aber erst recht keine Arbeit finden, da noch keine genügend expansionsfähige Industrie vorhanden ist. Sie füllen die bekannten Elendsquartiere der rasch anwachsenden Städte und üben, in der

Zeit des allgemeinen Wahlrechts, einen beträchtlichen Druck auf die Regierungen aus bzw. bilden ein weites Spielfeld für Demagogen. Der Unterschied gegenüber dem vorindustriellen England und Westeuropa ist, daß heute für diese Bevölkerungen die Pforten der Auswanderung weitgehend verstopft sind, und daß die Freisetzung aus der Landwirtschaft nicht wie dort im Zuge einer intensiven Rationalisierung derselben erfolgt, sondern als eine Flucht aus einer mit Arbeitskräften überfüllten, aber noch keineswegs auf dem Wege der Rationalisierung befindlichen Landwirtschaft.

Als Ausweg erscheint die Industrialisierung, die aber, solange die Produktivität der Landwirtschaft nicht gehoben und der Lebensstandard der Landbevölkerung nicht entscheidend verbessert ist, allein schon wegen des zu engen Binnenmarktes nur schwer voran kommt. Daneben bestehen freilich noch zahlreiche weitere Hemmnisse, darunter nicht zum wenigsten die Investitionsunlust und mangelnde Unternehmerge辛nung der immer noch im rentenkapitalistischen Denken befangenen Oberschichten; Verkehrsentlegenheit, Mangel an Fachkräften und an Arbeitsdisziplin treten hinzu.

Die Reform der überalterten rentenkapitalistischen Agrarverfassung muß, wo sie noch besteht, als Schlüsselproblem gelten, wobei hinsichtlich ihrer Durchführung einzig die Erreichung zweier Ziele entscheidend sein sollte: 1. Die Eröffnung des Weges zu einer echten Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft und 2. die Ermöglichung einer allgemeinen Hebung des Lebensstandards und damit der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Die Wege hierzu werden in jedem einzelnen Lande sich den gegebenen Umständen anpassen und daher verschieden sein müssen. Eines ist klar, daß angesichts der ständig anwachsenden Bevölkerung jedes Hinauszögern der notwendigen Reformen die Schwierigkeiten, die auch so groß genug sind, nur noch weiter vermehrt.

3. Unglücklicherweise sind die historisch überkommenen Oberschichten in den Ländern rentenkapitalistischer Tradition in der Regel nicht geneigt, die nötigen Reformen, obwohl sie die unumgängliche Voraussetzung für den erstrebten wirtschaftlichen Fortschritt bilden, von sich aus wirklich durchzuführen. Müßten sie sich doch ganz wesentlich gegen ihre eigene wirtschaftliche und politische Machtstellung auswirken. Welche herrschende Schicht hätte je, nicht nur in einzelnen, die Zukunft kühn vorwegnehmenden Individuen, sondern als Ganzes, als Klasse die eigene Entmachtung, die weitgehend gleich bedeutend ist mit Verarmung, und den Untergang einer alten, liebgewordenen und kulturvollen Lebensform in die Wege geleitet?

Hieraus erwächst der U.S.-amerikanischen — und in gewissem Sinne der ganzen westlichen Politik, soweit sie von Amerika geführt erscheint — in diesen Ländern ein überaus ernstes Dilemma: Einerseits versucht sie den Übergang dieser Länder in die neue, industrielle Zeit mit großem Aufwand an Mitteln, Sachverständigen und Sonstigem zu fördern, andererseits stützt und stützt sie, aus Gründen der Aufrechterhaltung des machtpolitischen Gleichgewichts in einer zweigeteilten Welt, die bestehenden politischen Systeme, in denen die traditionellen Oberschichten die Macht in der Hand haben. Die amerikanische Politik ist heute eine Politik des Status Quo und der Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung um jeden Preis, die an die Politik der Heiligen Allianz in Europa vor mehr als hundert Jahren in mehr als einer Hinsicht erinnert. Amerikas Politik, und mit der gegebenen Einschränkung die des ganzen Westens, trägt so, aus der weltpolitischen Zwangslage heraus, in ihrer bisherigen Praxis zur Aufrechterhaltung überholter sozialer Zustände in diesen

Ländern bei, während deren Völker, insbesondere die aktivistische Jugend und Intelligenz, darauf brennen, die Tore zur Zukunft möglichst weit aufzustoßen.

4. Es scheint, daß Amerika nach wie vor darauf vertraut, daß die Probleme der unterentwickelten Länder, mit gebührender Unterstützung durch die westlichen Industrieländer, auf evolutionärem und parlamentarisch-demokratischem Wege gelöst werden können, obgleich die Schwierigkeiten hierdurch zweifellos objektiv noch vergrößert werden.

Hier ist ein offizielles „Credo“ Amerikas im Spiel ähnlich jenem, auf Grund dessen Amerika die von den Europäern aufgebaute koloniale Welt, ungeachtet aller in jüngerer Zeit aufgetauchten Evolutionsmöglichkeiten, verurteilt und zu ihrer Zerstörung beitrug. Beide Haltungen entspringen dem in Amerika offiziell festgehaltenen Aufklärungsidealismus, der bisher noch durch keinen historischen Realismus gebrochen und relativiert worden ist, sondern als tabuierte Doktrin unverbunden neben einem im Notfall recht handfesten Pragmatismus fortbesteht.

GUNNAR MYRDAL, der vielerfahrene schwedische Wirtschaftsfachmann, hat das amerikanische Idealkonzept für die nach-koloniale Integration der freien Welt auf die Chancen seiner Verwirklichung hin untersucht<sup>22</sup>. Er zeigt, daß dessen Prinzipien, die er selbst grundsätzlich durchaus bejaht, nämlich: Gleichheit der wirtschaftlichen Möglichkeiten für alle durch Beseitigung aller diskriminierenden Maßnahmen und Zugänglichmachung aller Ressourcen; wirtschaftlicher Fortschritt durch Schaffung des freien Spiels der Kräfte auf dem Weltmarkt; Ausgleich der bestehenden, großen Unterschiede hinsichtlich der natürlichen Reichtümer, der Einkommen und des Lebensstandards in einer Weltdemokratie und, als Vorbedingung hiezu, die rasche Entwicklung der Produktivkräfte in den unterentwickelten Ländern — unter der Zwangslage des Kalten Krieges schon von Amerika selbst (von anderen Wirtschaftsmächten zu schweigen) nicht innegehalten wurden, sondern daß an ihrer Stelle nationale Schutzzollwirtschaft, Vergebung der Hilfe nach strategischen Gesichtspunkten und gegen politische Bedingungen, Bevorzugung der Rüstung, Druck auf die Rohstoffpreise und anderes mehr geübt wurden; er zeigt ferner, daß auch von den unterentwickelten Ländern selbst her einer solchen Entwicklung außerordentliche Schwierigkeiten entgegenstehen, die ebensowohl in ihrer wirtschaftlichen Unausgeglichenheit — von ihrer kolonialen oder halbkolonialen Vergangenheit her — wie in ihrer sozialen Struktur begründet sind. Kurz er zeigt, daß die Wirklichkeit eine andere Richtung geht, als sie in dem amerikanischen Idealkonzept vorgesehen wurde. „Die Welt driftet einem Schicksal entgegen, das nicht vorausgesehen oder -geplant und nicht angesteuert wurde. Etwas kommt, dem man, wenn man es rechtzeitig erkannt hätte, Einhalt gebieten hätte können mit relativ geringen Opfern, das aber später auch mit großen Opfern nicht mehr aufgehalten werden kann“<sup>23</sup>.

Er meint, daß nur so etwas wie ein Wunder (a near-miracle) die immer chaotischer werdende Situation noch retten und die „Freie Welt“ zu einer Art von wirtschaftlicher Integration bringen könnte. Dieses Wunder bestünde in radikalen Änderungen in der Haltung aller Völker, die aber binnen kurzen Fristen nicht zu erwarten sind. Wir können aus unserer Sicht diese letztere Meinung Myrdals erst recht nur bekräftigen.

5. Inzwischen nehmen die Probleme aber von Jahr zu Jahr zu an Dringlich-

<sup>22</sup> G. MYRDAL: *An international Economy. Problems and Prospects*. New York 1956.

<sup>23</sup> G. MYRDAL, a. a. O., p. 300.

keit, objektiver Schwierigkeit der Lösung und auch an politischer Schärfe. Es verringern sich die Aussichten, sie auf dem Wege der Evolution zu lösen. Zuviele Probleme, innere wie äußere, verlangen gleichzeitig Berücksichtigung. Mit einzelnen Maßnahmen ist nichts getan, vielmehr bedarf jede einzelne der Abstützung durch zahlreiche weitere, die, sofern sie nicht überhaupt von anderen Mächten abhängen, die größte Einsicht von Seite der Regierenden erfordern und eine Opferbereitschaft der herrschenden Schichten voraussetzen, mit der in den wenigsten Fällen gerechnet werden kann.

Hier liegt die große Chance des Kommunistischen Systems, das den *Circulus vitiosus* gewaltsam zu durchbrechen und Stagnation in raschen Fortschritt umzuwandeln verspricht. Obwohl die Ideologie des Marxismus-Leninismus an doktrinärer Starrheit ihresgleichen sucht, hat das sowjetische System doch einen großen Vorteil vor dem amerikanischen Konzept voraus. Wurde es doch zwangsläufig auf unterentwickelte Länder zugeschnitten und kann, mindestens in der Sowjetunion selbst, auf konkrete Entwicklungserfolge zurückblicken. Demgegenüber scheint das amerikanische Konzept mehr die Fernziele einer vollindustrialisierten Gesellschaft in den Vordergrund zu rücken und stellt überdies Bedingungen, die unter den in den meisten unterentwickelten Ländern herrschenden Gegebenheiten kaum realisierbar sind. Gerade das radikale und rücksichtslose, direkte Vorgehen der Kommunisten übt auf die von ihren rentenkapitalistischen Führungsschichten unter Anwendung aller möglichen Finten immer wieder getäuschten und einer hoffnungslosen Armut preisgegebenen Massen der „Hemdlosen“, aber auch auf die frondierende Intelligenz dieser Länder eine große Anziehungskraft aus, gegen die mit Bajonetten auf die Dauer nicht anzukommen ist. Dabei sollte man auch nicht vergessen, daß alle die außereuropäischen Kulturen die bürgerlichen Freiheiten und das Persönlichkeitsstreben der Abendländer nie in gleicher Art gekannt haben und Einschränkungen auf diesem Felde daher nicht so sehr empfinden.

So kam es zu einem fühlbaren Abbröckeln vor allem an der ostasiatischen Front, wo der Kommunismus wie das Grundwasser aus dem Boden zu steigen scheint, während im Vorderen Orient wie auch in Lateinamerika vorerst gewisse Dämme noch zu halten scheinen.

Eine ganz besondere und symbolhafte Bedeutung kommt den Bemühungen der beiden Giganten unter den unterentwickelten Ländern, China und Indien, um die Entwicklung ihrer Wirtschaft und Gesellschaft zu, da der eine, China, dieses Experiment auf kommunistische, der andere, Indien, auf die westliche, rechtsstaatliche Art und Weise unternimmt. Noch ist es zu früh, über den Erfolg dieser Bemühungen hier und dort ein Urteil abzugeben.

\*

Was bleibt in dieser Situation für den Westen zu hoffen, was kann getan werden?

Soll es bei der bisherigen Dollarstrategie bleiben, das heißt Regierungen mit bedeutendem und steigendem Aufwand zu stützen, die — in der Hand oder selbst Exponenten von kurzsichtigen und egoistischen Oberschichten — nur auf Zeitgewinn arbeiten? Schon hört man aus Südamerika, daß gewisse Regierungen, die 1961 mit den U.S.A. die „Allianz für den Fortschritt“ schlossen und sich dabei, als Vorbedingung für die U.S.amerikanische Finanzhilfe zu Reformen verpflichteten, nun die Finanzhilfe als Vorbedingung für die Reformen fordern, die sonst angeblich nicht durchführbar seien.

Von den Amerikanern ist eine grundlegende Änderung ihrer bisherigen Politik nicht zu erwarten, da sie im Schraubstock des Zweimächtegegensatzes stecken, aus dem sie sich allein nicht mehr befreien können. In dieser Lage laufen sie Gefahr, zunehmend ein Opfer von Erpressungen zu werden, ohne daß damit der wirtschaftlichen Entwicklung wesentlich Vorschub geleistet wird.

Was nötig ist, um der Weltpolitik wieder Elastizität zu geben, ist das Entstehen dritter (und vierter ?) Weltmächte.

Der sogenannte neutrale Block hat seine Aufgabe, aber er ist wirtschaftlich und machtpolitisch zu schwach, auch zu wenig einig, um ein neues Kristallisationszentrum abzugeben.

Dies ist vielmehr der europäischen Union vorbehalten, die mit 200 oder 250 Mill. Menschen und den wichtigsten europäischen Industriezentren wohl vielleicht aus Lagegründen nicht machtpolitisch, sicher aber wirtschaftlich den beiden anderen großen Mächten ebenbürtig sein wird.

Diese europäische Union wird allein schon durch ihre Fähigkeit, große Rohstoffmengen aus tropischen Ländern aufzunehmen und dafür teilweise mit Industrieausrüstungen zu bezahlen, eine ungeheure Anziehungskraft auf die Neuländer farbiger Bevölkerung ausüben und sie damit aus einer Schar unverschämter Bettler im Vorfeld zweier verbissen kämpfender Riesen zu arbeitsamen, gleichberechtigten Partnern der großen Industriemächte machen.

Inzwischen mögen wohl auch die rentenkapitalistischen Länder die Zeit und Kraft zu den längst fälligen Reformen und damit zu ihrer alten Kulturen würdigen Lebensformen gefunden haben. Freilich wird dies wohl kaum ganz ohne heftige Auseinandersetzungen abgehen und es wird wichtig sein, hierbei zukunftssträchtige Kräfte und Bewegungen rechtzeitig zu erkennen und, ohne Behinderung durch formalen Doktrinarismus, entschlossen zu unterstützen.

\*



Tabelle 2. Rangziffern und Grundwerte für die wirtschaftlich-technische und demographische Entwicklung von 106 Ländern und Gebieten (um 1955).

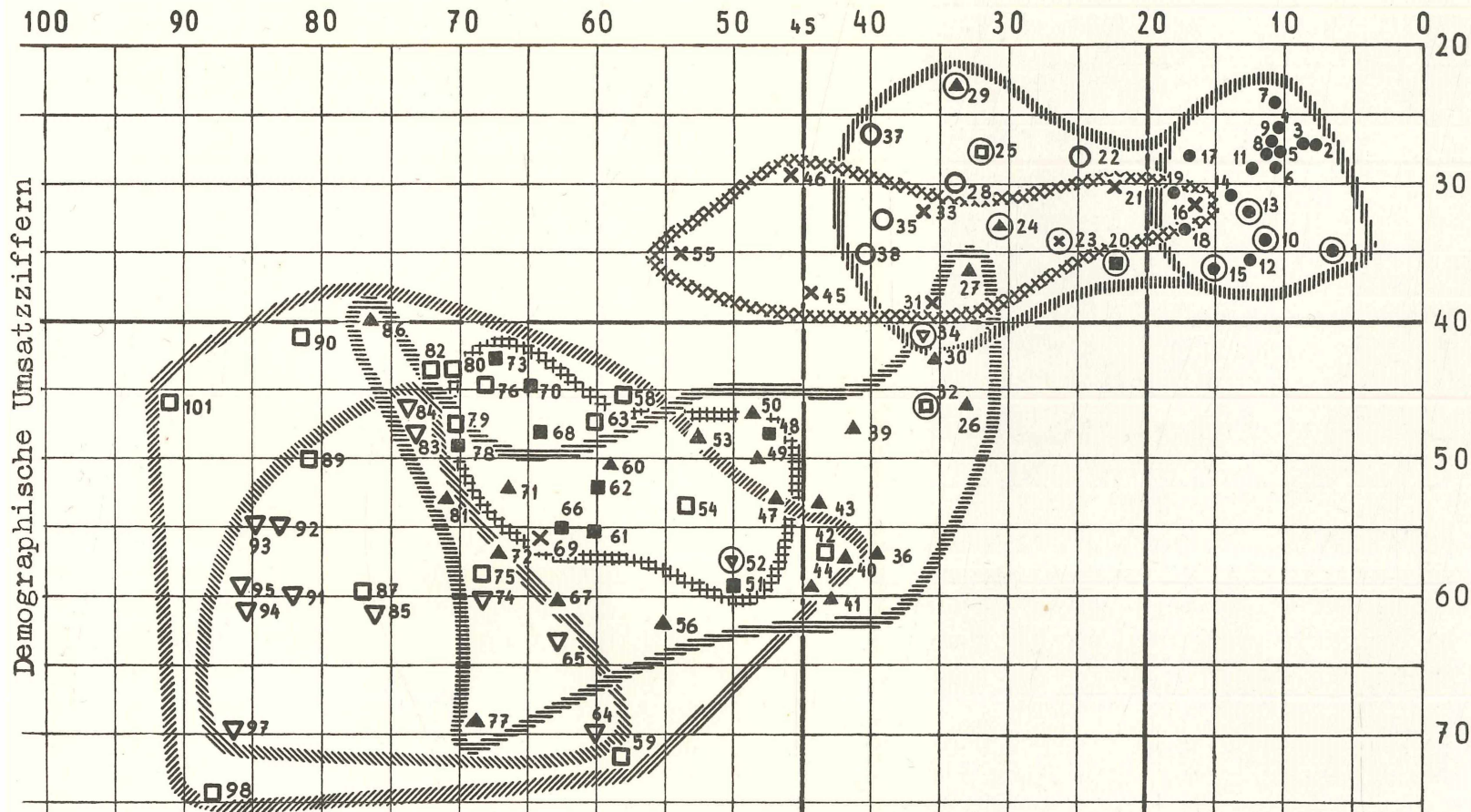
Nr.	Land	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1																
1	Neuseeland		6	35	1.249	3.380	98—99	16	30,1	.	460,0	221,6	2.216	208,0	26	9
2	Großbritannien		8,	27	998	3.290	98—99	5	31,9	.	140,0	92,4	1.837	367,0	16	12
3	Schweiz		8,7	27	1.229	3.240	98—99	16	29,3	.	170,0	65,4	3.104	229,0	17	10
4	Dänemark		10,4	26	913	3.500	98—99	24	42,7	.	130,0	73,2	861	183,0	17	9
5	Westdeutschland		10,4	27,5	762	2.990	98—99	23	28,4	.	210,0	58,2	1.483	410,0	16	11
6	Belgien		10,5	29	1.015	2.930	96—97	12	35,8	.	330,0	59,8	1.151	282,0	17	12
7	Schweden		10,6	24	1.165	2.950	98—99	20	21,4	.	73,0	103,5	3.404	402,0	15	9,5
8	Luxemburg		11	28	1.194	2.930	96—97	26	23,0	.	190,0	89,7	3.589	292,0	16	11,5
9	Norwegen		11	27	969	3.190	98—99	26	21,3	.	150,0	63,7	6.622	249,0	18,5	9
10	USA		11,3	34	2.343	3.100	96—97	12	14,6	(35,9)	29,0	338,9	3.797	622,0	25	8
11	Niederlande		12,4	29	708	2.890	98—99	19	39,7	.	440,0	35,7	1.041	235,0	21	8
12	Island		12,5	36	1.146	3.240	98—99	40	.	.	180,0	97,5	2.475	85,6	29	7
13	Australien		12,6	31,5	1.215	3.240	98—99	13	11,5	(53,9)	23,0	183,2	1.649	333,0	22,5	9
14	Frankreich		14	31	1.046	2.920	96—97	26	23,7	(41,7)	75,0	111,3	1.144	235,0	19	12
15	Kanada		15	36	1.667	3.070	97—98	13	11,8	.	6,7	181,0	5.305	322,0	28	8
16	Osdeutschland		16,5	31,5	.	2.460	98—99	29	30,0	.	160,0	.	1.594	137,0	17	15
17	Österreich		17	28	532	2.920	98—99	32	22,2	.	69,0	29,9	1.542	182,0	16	12
18	Irland		17,4	33	509	3.510	98—99	40	31,7	.	84,0	60,2	540	53,0	21	12
19	Finnland		17,8	30	941	3.100	98—99	46	15,7	.	62,0	33,0	1.610	166,0	21	9
20	Israel		21,8	35	540	2.880	90—95	17	14,5	.	120,0	21,0	720	149,0	29	6
21	Tschechoslowakei		22,3	30	543	2.690	97—98	38	20,6	.	29,0	17,6	1.147	336,0	20	10

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
22	Italien	23,4	28	442	2.580	85-90	31	17,2	47,4	46,0	25,4	794	118,0	18	9,5
23	UdSSR	26,2	34	682	3.020	90-95	50	13,3	(15,9)	44,0	12,5	850	225,0	26	8
24	Argentinien	30,6	33	374	3.350	85-90	25	13,2	(36,0)	0,4	31,5	301	108,0	24	9
25	Japan	32	27,5	240	2.100	97-98	39	(21,6)	44,3	250,0	4,9	732	82,0	19,5	8
26	Chile	33,2	46	180	2.682	75-80	30	15,6	29,5	8,3	14,5	562	54,0	33,5	13
27	Kuba	33,2	(36)	361	2.730	75-80	42	11,2	23,9	26,0	29,7	206	35,0	(30)	(6)
28	Spanien	33,7	30	254	2.760	80-85	49	11,2	58,2	26,0	7,4	409	50,0	20,5	9,5
29	Uruguay	33,7	(22,5)	569	2.900	80-85	37	7,7	(29,9)	4,3	32,8	392	36,0	(15)	7,5
30	Puerto Rico	35,5	42	511	.	70-75	37	.	6,3	160,0	39,1	464	17,7	34,5	7
31	Polen	35,6	39	468	2.710	90-95	57	16,1	.	31,0	2,6	651	159,0	29	10
32	Hongkong	(36)	46	292	.	55-60	.	.	29,7	81,0	9,0	243	51,0	38	8
33	Ungarn	36,3	32	387	2.770	95-96	53	15,7	(22,4)	4,7	3,3	554	163,1	21,5	10,5
34	Südafrikan. Union	36	(41)	381	2.650	40-45	47	6,6	.	22,0	52,6	1.196	138,0	(30)	(11)
35	Zypern	39	32,5	374	2.470	60-65	38	10,1	.	22,0	20,6	141	36,0	26,5	6
36	Britisch Guayana	39,2	57	311	.	75-80	46	.	17,8	53,0	16,0	113	17,9	45	12
37	Griechenland	40	26	239	2.650	70-75	48	15,8	42,0	22,0	5,9	174	27,0	19	7
38	Portugal	40,4	35	201	2.460	55-60	48	9,8	43,4	30,5	14,0	216	32,0	23,5	11
39	Britisch Westindien	40,8	48	.	2.362	70-75	42	.	22,1	37,0	21,6	178	14,6	38	10
40	Venezuela	41,5	57	762	2.270	50-55	41	5,9	7,3	5,8	42,3	221	109,0	47	10
41	Mexiko	42,5	60	187	2.260	60-65	58	14,4	20,4	7,0	18,1	236	31,0	46,5	13
42	Malaya	43	56	298	2.500	35-40	56	.	21,9	9,4	15,8	181	36,0	44,5	12
43	Surinam	43,5	53	356	.	70-75	65	.	19,5	5,4	109,6	191	10,7	44	9
44	Costa Rica	43,7	59,5	307	2.830	75-80	55	.	9,1	39,0	10,1	285	14,2	49	10,5
45	Jugoslawien	44,6	38	297	2.710	70-75	67	15,7	(33,8)	8,9	1,3	246	51,0	27	11
46	Bulgarien	46	30	285	3.326	75-80	76	16,4	27,5	2,3	1,5	275	36,0	20	9
47	Kolumbien	47	53	330	2.416	50-55	54	8,3	17,3	11,0	9,6	176	27,0	40	13
48	Libanon	47,4	(48)	269	2.250	45-50	63	7,3	.	42,0	19,5	154	118,0	(40)	8
49	Peru	48,3	49	140	2.600	45-50	62	9,5	41,2	44,0	10,2	65	14,0	37	19
50	Brasilien	48,4	(47)	262	2.585	45-50	58	9,5	15,7	4,6	12,0	228	25,0	43	(14)
51	Ägypten	50	59	133	2.300	20-25	65	23,1	55,6	68,0	4,1	62	13,9	41	18
52	Südrhodésien	50	58	134	2.630	20-25	.	10,0	.	0,9	34,8	491	28,0	45	13
53	Panama	52,5	48,5	350	2.349	65-70	50	.	9,7	2,0	21,1	91	7,4	39	9
54	Taiwan	53,3	53	102	2.360	45-50	63	(18,1)	29,2	130,0	1,3	221	15,0	45	8
55	Rumänien	54	35	320	.	75-80	72	12,5	(23,0)	0,7	1,9	255	45,0	25	10
56	El Salvador	55	62	244	2.300	35-40	63	.	20,2	24,0	6,4	73	7,6	48	14
57	Türkei	57	.	276	2.670	30-35	77	11,6	27,4	1,2	2,7	66	19,0	(35)	.



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
94	Nigeria	85,6	(61)	70	2.250	10-15	59	.	14,6	0,1	1,0	8	1,1	48	(13)
95	Tanganjika	86	(60)	61	1.980	6-10	.	5,8	12,3	0,1	3,1	13	3,6	45	(15)
96	Franz. Westafrika	86	.	58	2.060	1-5	.	9,5	8,1	0,4	2,3	7	6,6	.	.
97	Sudan	86,5	70	100	.	5-10	.	13,8	8,	2,3	1,9	5	0,7	52	18,5
98	Cambodja	(88)	75	.	2.000	15-20	80	.	9,8	0,3	.	6	1,3	45	30
99	Haiti	90,5	.	75	1.779	10-15	83	.	10,0	0,2	2,7	7	1,1	.	.
100	Süd-Vietnam	91	(46)	133	.	15-20	.	.	11,7	2,0	.	17	2,1	36	(10)
101	Liberia	92	.	103	1.500	5-10	.	.	6,7	0,0	.	24	4,6	.	.
102	Afghanistan	(94)	.	54	.	1-5	85	10,5	.	.	0,4	3	0,2	.	.
103	Athiopien	96	.	54	2.700	1-5	90	.	8,2	.	1,0	3	0,2	.	.
104	Laos	(97)	.	40	1.900	15-20	93	.	8,4	.	0,5	1	.	.	30
105	Nepal	(100)	.	166	.	1-5	93	8,7	11,9	.	.	.	.	.	.
106	Saudi Arabien	(100)	.	.	1.750	1-5*	.	.	.	.	.	.	9,0	.	.

# Rangziffern der Wirtschaftlich-Technischen Entwicklung

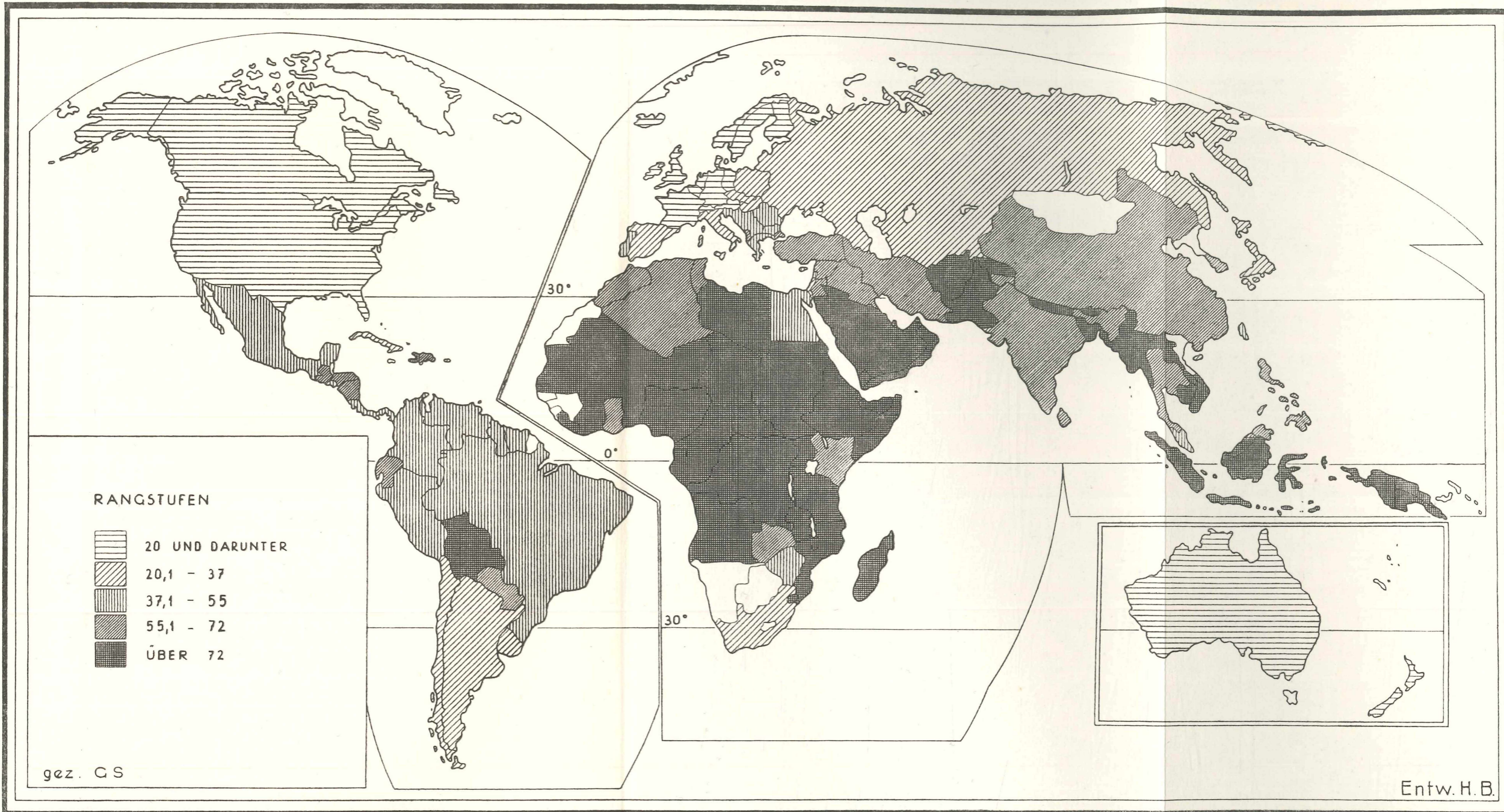


Tafel 1. Position der Länder nach wirtschaftlich-technischer Entwicklung und demographischem Umsatz.

- |   |   |   |                               |
|---|---|---|-------------------------------|
| ● | Europäische Industrieländer               | ▲ | Lateinamerikanische Länder    |
| ⊙ | Europäische Neusiedlungsländer in Übersee | ■ | Länder des Vorderen Orients   |
| ○ | Südeuropäische Länder                     | ⊖ | Israel                        |
| ⊗ | Sowjetunion                               | □ | Ost- und Südasiatische Länder |
| × | Länder des Sowjet-Blocks in Europa        | ⊕ | Japan, Hongkong               |
|   |   | ▽ | Länder des Tropischen Afrika  |

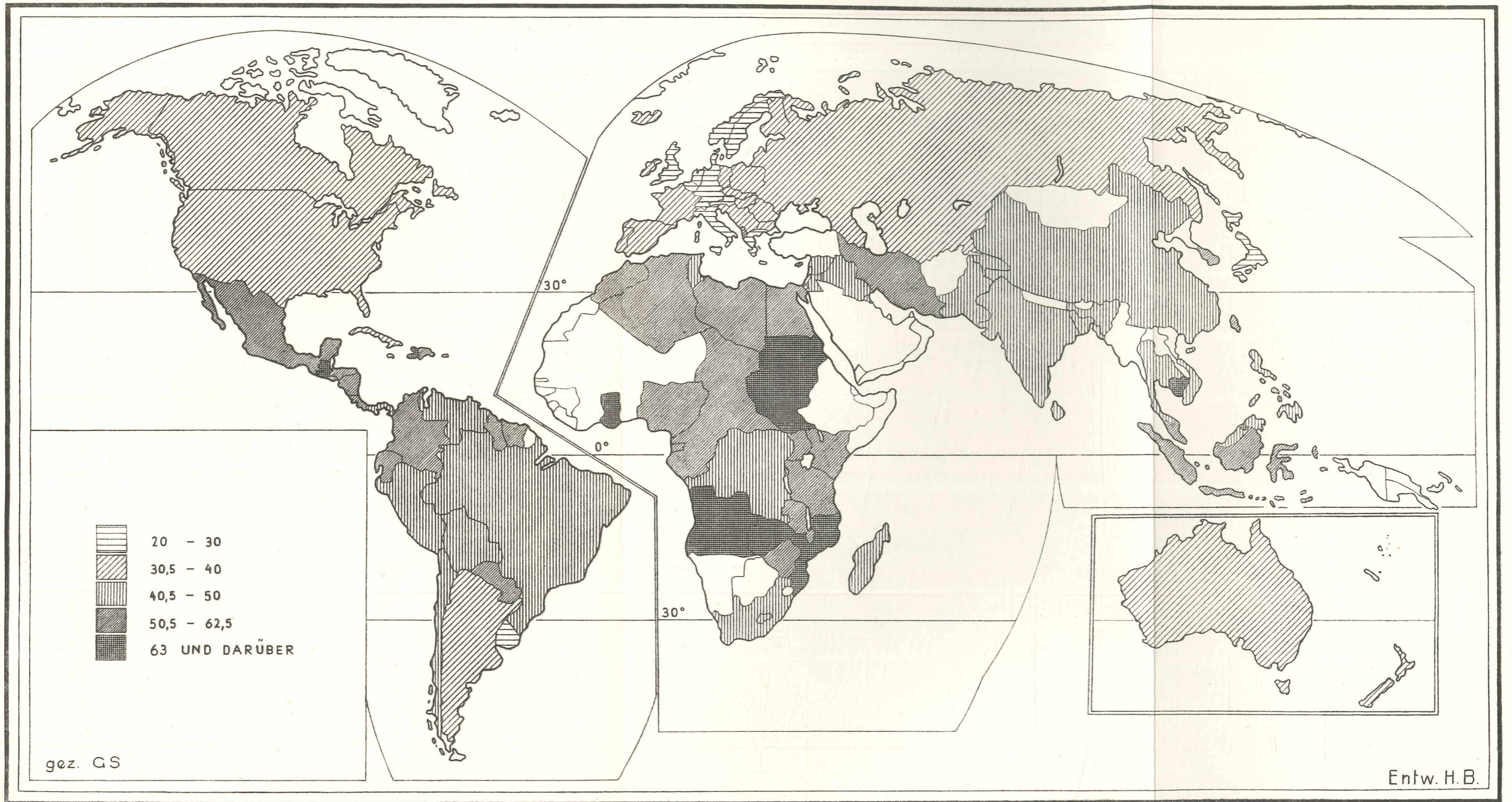
Die Kennziffern beziehen sich auf die laufenden Nummern in Tabelle 2.





Tafel 2. Wirtschaftlich-technische Entwicklung.





Tafel 3. Demographische Umsatzziffern.

# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 1962

Band/Volume: [104](#)

Autor(en)/Author(s): Bobek Hans

Artikel/Article: [Zur Problematik der unterentwickelten Länder 1-24](#)